



Gemeinsame Info Nr. 22/2013
Erfurt, 15. August 2013



Ministereinsatz ist richtig!

Aber auch der bisher geplante Stellenabbau trifft die Polizei und Bürger hart!

Die Gewerkschaft der Polizei und die Deutsche Polizeigewerkschaft e.V. Thüringen begrüßen ausdrücklich, dass Herr Minister Geibert einen zusätzlichen Stellenabbau bei der Thüringer Polizei ausschließt und sich damit deutlich auf die Seite der Berufsvertretungen stellt! Dies war den Medien in den letzten Tagen zu entnehmen.

Die GdP und DPoIG Thüringen hält aber auch den schon abgesehenen Stellenabbau für polizeilich nicht händelbar und zeigte bereits mehrfach deutliche Einschnitte in das Leistungsvermögen der Thüringer Polizei auf!

In nicht wenigen Dienststellen haben wir heute schon Zustände, wie die Bahn in den Mainzer Stellwerken. Vor allem dort, wo man mit nur noch zwei Funkwagenbesatzungen ein ganzes Kreisgebiet abdecken soll, fragt man sich ganz besonders, wie die polizeiliche Landschaft nach der Einsparung weiterer fast tausend Stellen aussehen soll.

Von mehr blau auf der Straße ist schon lange keine Rede mehr, weil man erkannt hat, dass die vermeintlichen Personalgewinne von den massiven Altersabgängen völlig geschluckt werden. Wir müssen zwingend das Tempo aus dem Abbaupfad heraus nehmen, denn der - auch für den Bürger deutlich zu spürende - Kollaps steht unmittelbar bevor!

Wir fordern die Landesregierung auf, die Einstellungszahlen der unmittelbar kommenden Jahre noch einmal nach oben zu korrigieren! Reduzieren Sie den Abbau von Polizisten und Tarifbeschäftigten und stoppen Sie mit dem Einstellungskorridor die Geschwindigkeit des Personalabbaus!

Bei den derzeit so komprimiert auftretenden Ruhestandsversetzungen wird so manch eine bisher noch funktionierende Polizeieinheit sehr bald handlungsunfähig sein.

Da Interventionszeiten aus Sicht der Politik für die Polizei keine Rolle spielen sollen, müssen unsere Bürger heute schon oft mehrere Stunden auf das Eintreffen unserer Kolleginnen und Kollegen warten oder sie werden immer öfter auf zivilrechtliche Lösungen verwiesen. Reinen Gewissens müssten wir den Bürgerinnen und Bürgern schon heute sagen: „Wenn sie schnelle Hilfe benötigen, dann rufen sie den Rettungsdienst oder die Feuerwehr! – Nur die können binnen von 15 Minuten helfen!“

Sehr geehrte Frau Ministerpräsidentin, entscheiden Sie sich für die Innere Sicherheit und überdenken Sie auch den bisherigen Stellenabbaupfad bei Ihrer Polizei. Wir garantieren Ihnen schon heute, dass Sie beim Erkennen der sich ansonsten heraus kristallisierenden Konsequenzen zur Aussage kommen werden:

„Das haben wir nicht gewollt!“

Die Landesvorstände von GdP und DPoIG